

**Rückmeldung
zur Sondierung der EU-Kommission zur**

Europäischen Strategie für eine resiliente Wasserversorgung

sowie zur Initiative

Wassereffizienz an erster Stelle (Leitprinzipien)

Wien, 03. März 2025

Über den Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft

Unser Ziel ist es, Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in hoher Qualität für alle zugänglich und leistbar zu machen. Der VÖWVG fördert dazu den Wissensaustausch und die Vernetzung von Unternehmen und Organisationen der Daseinsvorsorge mit Institutionen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere in den Bereichen Energiewirtschaft, öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung, Wohnen, Sozialdienstleistungen und Gesundheitswesen sowie Bildung. Neben der Organisation von Informations- und Netzwerkveranstaltungen bereiten wir für unsere Mitglieder insbesondere auch Gesetzesinitiativen auf nationaler und EU-Ebene auf, um sie in der Erbringung ihrer essenziellen Dienstleistungen bestmöglich zu unterstützen.

Rechtsform: Verein

Sitz: Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

ZVR-Zahl (AT): 338965482

Zuständigkeit: LPD Wien, Abteilung für Vereins- Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten

EU-Transparenzregisternummer: 643879152710-58

Einleitende Anmerkungen

Wasser ist eine lebensnotwendige Ressource – essenziell für menschliches Leben und Gesundheit, Ökosysteme sowie das wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktionieren. Dennoch gerät die Wasserversorgung in Europa zunehmend unter Druck. Der Klimawandel verstärkt Extremwetterereignisse wie Dürren und Überschwemmungen, während Übernutzung und Umweltverschmutzung die Verfügbarkeit und Qualität der Wasserressourcen bedrohen. Nutzungskonflikte zwischen Trinkwasserversorgung, Landwirtschaft und Industrie nehmen zu und erfordern eine gezielte, nachhaltige Steuerung. Wasser darf nicht länger als unerschöpfliche Ressource angesehen werden, sondern als zentrales Gut, dessen Schutz und gerechte Verteilung aktiv gewährleistet werden müssen. Der VÖWG begrüßt daher ausdrücklich, dass die EU-Kommission dieses drängende Thema aufgreift und entscheidende Weichen für eine wasserresiliente Zukunft stellt.¹

Die Resilienz der Wasserversorgung ist insbesondere für öffentliche Wasserversorger von entscheidender Bedeutung. Sie tragen die Verantwortung, eine sichere und bezahlbare Trinkwasserversorgung zu gewährleisten und zugleich eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung zu fördern, die Umweltziele unterstützt und Wasserverluste langfristig reduziert. Während außer Frage steht, dass Wasser auch ein entscheidender Standortfaktor für zahlreiche Sektoren ist, **darf die Wasserversorgung selbst nicht der Logik des Wettbewerbs unterliegen**. Die Versorgung mit Trinkwasser muss stets Vorrang haben und es bedarf ausreichender öffentlicher Investitionen in die Wasserinfrastruktur, um die langfristige Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Eine resiliente Wasserversorgung erfordert ein ganzheitliches Wassermanagement, das über die Trinkwasser- und Abwasserregulierung hinausgeht. Die Hauptprobleme liegen in der Übernutzung und der Schadstoffbelastung aus verschiedenen Quellen. Die Wasserresilienz-Strategie sollte daher zwischen umfassendem Wassermanagement und der spezifischen Regulierung von Trink- und Abwassersystemen differenzieren. Zudem muss der Fokus auf der effektiven Nutzung bestehender Rechtsvorschriften liegen. **Wo immer möglich, sollte auf dem bestehenden EU-Rechtsrahmen aufgebaut werden, um regulatorische Komplexität zu vermeiden**.

Ein zentrales Element ist darüber hinaus das **Mainstreaming der Wasserfrage in alle relevanten Politikbereiche**. Bereits im Impact Assessment einer EU-Initiative muss untersucht werden, welche Auswirkungen auf die Wasserverfügbarkeit und -qualität zu erwarten sind, um frühzeitig Maßnahmen zur Sicherung der Ressource zu ergreifen. Nur durch diese integrative Herangehensweise kann langfristig eine nachhaltige und resiliente Wasserversorgung gewährleistet werden.

¹ Da beide Initiativen unseres Erachtens eng miteinander verknüpft sind, wird die Stellungnahme zur Wasserresilienz-Strategie zusammen mit dem Leitprinzip der Wasser-Effizienz in einer gemeinsamen Rückmeldung abgegeben.

VÖWG-Positionen im Überblick

- **Ganzheitliches Wassermanagement statt einseitiger Fokussierung auf Trink- und Abwasser.** Die Hauptprobleme liegen in der Übernutzung der Wasserressourcen und der Schadstoffbelastung aus verschiedenen Quellen – nicht im Missmanagement der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Die Wasserresilienz-Strategie muss daher zwischen umfassendem Wassermanagement und der spezifischen Regulierung von Trink- und Abwassersystemen differenzieren.
- **Effektive Nutzung bestehender Rechtsvorschriften.** Wo immer möglich, sollte auf dem bestehenden EU-Rechtsrahmen aufgebaut werden, anstatt neue Regelungen zu schaffen. Der Fokus muss auf einer konsequenten Umsetzung und Verbesserung liegen, um eine effizientere Wasserbewirtschaftung ohne zusätzliche regulatorische Komplexität zu gewährleisten.
- **Das Thema Wasser in alle Politikbereiche mainstreamen.** Es ist essenziell, dass bei jeder Initiative, jedem Rechtsakt bereits im Impact Assessment bedacht wird, welche Auswirkungen auf den Wasserbestand und die Wasserqualität absehbar sind
- **Die Bestimmungen von Art. 14 AEUV und Protokoll Nr. 26 über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse müssen vollumfänglich berücksichtigt werden.** Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- **Vorrang für Trinkwasser gegenüber anderen Nutzungsarten muss gesichert sein**
- **Keine Wettbewerbslogik in der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung.** Reine Profitorientierung verhindert langfristig die Erbringung von Wasserdienstleistungen in hoher Qualität, für alle zugänglich und leistbar.
- **Erhalt der Ausnahme für Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie (2014/23/EU) –** Wasserversorgung mit hoher Qualität und Versorgungssicherheit erfordert langfristige Planungs- und Investitionssicherheit, die durch Wettbewerbslogik und kurzfristige Konzessionsvergaben nicht gewährleistet werden kann.
- **Anerkennung der fehlenden Kausalität zwischen der Fragmentierung des Wassersektors und Wasserstress.** Wasserstress ist primär auf Übernutzung durch Industrie, Landwirtschaft sowie auf Klimaveränderungen zurückzuführen – es braucht gezielte Maßnahmen zur Unterstützung dezentraler Strukturen.
- **Die Förderung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit für nachhaltiges Wassermanagement darf nicht zu einer Liberalisierung „durch die Hintertür“ führen.** Die Kommission muss sicherstellen, dass alle grenzüberschreitenden Initiativen die Rolle der Wasserwirtschaft als Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Sinne des Art. 14 AEUV und Protokoll Nr. 26 stärken und nicht schwächen.
- **Wasser-Effizienz: Fokus auf Maßnahmen mit hoher Hebelwirkung und ausgeglichenem Kosten-Nutzenverhältnis.** Angesetzt werden muss hier insbesondere bei strukturellen Maßnahmen im Bereich der landwirtschaftlichen und industriellen Wassernutzung.
- **Anerkennung der Qualität der Wasserinfrastruktur als Schlüssel zu mehr Effizienz.** Eine hochwertige Wasserinfrastruktur ist entscheidend für die Steigerung der Effizienz, da ineffiziente oder veraltete Systeme zu enormen Wasserverlusten führen.
- **Für eine sichere und flächendeckende Nutzung von aufbereitetem Abwasser braucht es gezielte wirtschaftliche und regulatorische Maßnahmen, klare Anwendungsszenarien sowie Bewusstseinsbildung.** Die Bedeutung von Water Re-Use wird angesichts

steigenden Wasserstress und klimatischer Veränderungen weiter zunehmen, der Weg zu einer sicheren und breit akzeptierten Anwendung ist jedoch noch ein weiter.

- **Gute Wasserqualität sichert auch mengenmäßig die Verfügbarkeit von Trinkwasserressourcen.** Zwischen Qualität und Quantität besteht somit ein klarer innerer Zusammenhang, der auch in der Wasserresilienz-Strategie Berücksichtigung finden soll.
- **Erhalt und Schaffung naturnaher Wasserressourcen zur Sicherstellung der Wasserversorgung.** Der fortschreitende Klimawandel, zunehmende Trockenperioden und die steigende Wassernachfrage erfordern gezielte Maßnahmen zur Wiederherstellung und Erweiterung natürlicher Wasserspeicher, die wiederum zur Stabilisierung des regionalen Wasserhaushalts beitragen.
- **Vorrang für Source Control zur Vermeidung von Schadstoffbelastungen.** Wo End-of-Pipe-Lösungen unvermeidbar sind, muss das in den EU-Verträgen verankerte Verursacherprinzip konsequent berücksichtigt und flächendeckend über Systeme der Erweiterten Herstellerverantwortung umgesetzt werden.
- **Bodenschutz als Grundlage für Wasserschutz.** Ein wirksamer Schutz der Wasserressourcen erfordert strenge Regelungen für den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln. Insbesondere müssen PFAS und Nitrat stärker reguliert werden, um langfristige Belastungen von Böden und Gewässern zu vermeiden.
- **Klimaschutz und Digitalisierung wasserbewusst gestalten.** Der grüne und digitale Wandel darf nicht zu einem unverhältnismäßig hohen Wasser- und Energieverbrauch führen. Besonders bei wasserintensiven Industrien wie der Halbleiterproduktion oder KI-Rechenzentren muss der Standort sorgfältig gewählt werden, um Wasserstress zu vermeiden oder nicht weiter zu verschärfen.
- **Stärkung nachhaltiger Landwirtschaft durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP).** Die konsequente Anwendung und der weitere Ausbau der Öko-Regelungen in der GAP können den Übergang zu nachhaltigen, ressourcenschonenden Anbaumethoden maßgeblich unterstützen. Eine konsequente Förderung nachhaltiger Praktiken ist entscheidend, um den Wasserverbrauch zu verringern und Umweltziele zu erreichen.
- **Forderung nach öffentlichen Investitionen in die Wasserinfrastruktur.** Private Investitionen im Wassersektor sollten nicht aktiv gefördert werden, da Wasser ein öffentliches Gut ist, dessen Zugänglichkeit und Nachhaltigkeit Vorrang vor finanziellen Interessen haben müssen. Private Kapitalflüsse können die langfristige Resilienz gefährden, indem sie den Fokus auf kurzfristige Renditen anstatt auf die notwendige Pflege und den Schutz der Infrastruktur lenken. Öffentliche Investitionen, unterstützt durch Institutionen wie die Europäische Investitionsbank, sind entscheidend, um eine nachhaltige und koordinierte Wasserbewirtschaftung zu gewährleisten.
- **Umsichtige Integration von Digitalisierung und KI im Wassermanagement.** Digitalisierung und KI bieten großes Potenzial zur Verbesserung des Wassermanagements, insbesondere in der Analyse großer Datensätze. Angesichts der Bedeutung des Wassersektors als kritische Infrastruktur müssen Risiken bezüglich Sicherheit, Genauigkeit und möglichen Schwachstellen umfassend adressiert werden, um eine sichere und effektive Integration in die Wasserbewirtschaftung zu gewährleisten.

Spezielle Rolle von Trinkwasser

Wasser ist eine lebensnotwendige Ressource und muss als Dienstleistung von allgemeinem Interesse geschützt werden. In vielen EU-Mitgliedstaaten, darunter Österreich, sichern kommunale Unternehmen oder Zweckverbände die Wasserversorgung. Diese öffentlichen Strukturen garantieren soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und eine hohe Wasserqualität.

Trinkwasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge

Die europäische Bevölkerung hat im Rahmen der Right2Water-Bürger:inneninitiative deutlich gemacht, dass Wasser als Menschenrecht und öffentliches Gut betrachtet werden muss. Dieser demokratische Wille muss sich in der EU-Strategie widerspiegeln. Die Wasserversorgung stellt eine kritische Infrastruktur dar, deren nachhaltige Sicherstellung im öffentlichen Interesse liegt. Sie ist essenziell für die langfristige Versorgungssicherheit und die Einhaltung hoher Qualitätsstandards. Erfahrungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten zeigen, dass die **Einbindung privater Investoren, die häufig auf kurzfristige Renditeorientierung fokussiert sind, zu erheblichen Herausforderungen führen kann, insbesondere in Bezug auf steigende Kosten für Verbraucher:innen, unzureichende Investitionen in die Infrastruktur und eine Verschlechterung der Servicequalität.** Daher ist die Wahrnehmung der Wasserversorgung durch öffentliche Körperschaften von besonderer Bedeutung, da sie dem Gemeinwohl verpflichtet sind und sicherstellen, dass Wasser als essentielle Ressource nachhaltig und unabhängig von kommerziellen Interessen bewirtschaftet wird.

Öffentliche Wasserversorgung garantiert zudem eine höhere Resilienz in Krisenzeiten. Angesichts zunehmender Dürreperioden und Extremwetterereignisse durch den Klimawandel ist eine flexible und zukunftsichere Steuerung der Wasserressourcen unerlässlich. Kommunale und öffentliche Versorger können schneller und gezielter auf Wasserknappheit reagieren als private Unternehmen, deren Hauptaugenmerk auf Profitabilität liegt. Die Fähigkeit, eine gerechte und nachhaltige Wasserverteilung sicherzustellen, darf nicht durch Marktlogik und Wettbewerbszwänge gefährdet werden.

Daher muss die EU-Kommission sicherstellen, dass die Wasserresilienz-Strategie die öffentliche Wasserversorgung als Grundpfeiler anerkennt, schützt und stärkt. **Die Bestimmungen von Artikel 14 AEUV und des Protokolls Nr. 26 über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse müssen in vollem Umfang berücksichtigt werden,** um zu gewährleisten, dass Wasserdienstleistungen als wesentliche öffentliche Dienstleistungen geschützt werden. Das Prinzip der Daseinsvorsorge mit ihrem Fokus auf Zugänglichkeit, Leistbarkeit und Aufrechterhaltung hochwertiger Standards muss oberste Priorität haben – wirtschaftliche Interessen dürfen nicht die Grundlage der Wasserpolitik bilden.

Vorrang der Trinkwassernutzung gegenüber anderen Nutzungsarten

Bei Wasserknappheit muss gewährleistet sein, dass die Trinkwassernutzung Vorrang vor anderen Nutzungen hat. Die EU-Trinkwasserrichtlinie (EU 2020/2184) verpflichtet die Mitgliedstaaten, den Zugang zu hochwertigem Trinkwasser sicherzustellen. Angesichts zunehmender Wasserknappheit durch den Klimawandel ist eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung essenziell.

Landwirtschaftliche, industrielle und kommerzielle Wassernutzungen dürfen die Trinkwasserversorgung nicht gefährden. Eine vorausschauende Planung sowie strikte Regelungen zur Wasserentnahme und -verteilung sind notwendig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Weiters sehen wir den Bedarf nach einem **Entnahmeregister**, das alle Nutzer von Wasserressourcen erfasst (z.B. Kühlwasserbrunnen, Bewässerungsbrunnen). Nur so kann im Bedarfsfall ein vollständiges Lagebild erhoben und rasch Maßnahmen umgesetzt werden. **Die EU-Kommission muss daher klare Maßnahmen ergreifen, um die Priorität der Trinkwassernutzung zu sichern.**

Wettbewerb und Wasserwirtschaft

Wasser spielt eine entscheidende Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Landwirtschaft, insbesondere in wasserintensiven Sektoren. Eine effiziente Wassernutzung ist daher von großer Bedeutung, um Produktionsprozesse aufrechtzuerhalten und umweltfreundlicher zu gestalten. Gleichzeitig muss jedoch beachtet werden, dass eine Wettbewerbslogik im Wassersektor, insbesondere im Hinblick auf die Daseinsvorsorge für Trinkwasser und Abwasserentsorgung, nicht zielführend ist. Die Wasserversorgung muss als öffentliches Gut betrachtet werden, dessen primäre Aufgabe es ist, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu sichern. Profitorientierte Modelle könnten hier langfristig die Versorgungssicherheit gefährden.

Erhalt der Ausnahme für Wasserversorgung in der Konzessionsrichtlinie

Die Trinkwasserversorgung als essenzieller Teil der Daseinsvorsorge erfordert langfristige Planungs- und Investitionssicherheit. Die EU-Konzessionsrichtlinie 2014/23/EU berücksichtigt dies, indem sie den Mitgliedstaaten die Möglichkeit gibt, die Wasserversorgung von den allgemeinen Konzessionsvorgaben auszunehmen. **Diese Ausnahme ist entscheidend, da sie langfristige Konzessionen fördert, die nachhaltige Wasserbewirtschaftung und Investitionssicherheit gewährleisten.** Kurzfristig orientierte, gewinnmaximierende Modelle könnten hingegen die Versorgungssicherheit gefährden und den Zugang zu qualitativ hochwertigem Wasser beeinträchtigen. Daher muss die bestehende Ausnahme in der Konzessionsrichtlinie unbedingt beibehalten werden, um die zentrale Rolle öffentlicher Körperschaften in der Wasserbewirtschaftung zu sichern. Zusätzlich sollte die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt und die EU-Beschaffungsvorschriften angepasst werden, um eine effiziente und nachhaltige Wasserversorgung zu fördern.

Keine Kausalität zwischen Fragmentierung des Wassersektors und Wasserstress

Die im Letta-Bericht identifizierte Fragmentierung des Trinkwassersektors stellt eine strukturelle Besonderheit dar, die in der politischen und wirtschaftlichen Debatte häufig mit Wasserstress in Verbindung gebracht wird. **Während eine dezentrale Wasserversorgung durchaus infrastrukturelle, organisations- und verwaltungstechnische Herausforderungen mit sich bringt, ist Wasserstress primär auf Übernutzung der Wasserressourcen durch Industrie, Landwirtschaft und Klimaveränderungen zurückzuführen.** Wasserstress tritt insbesondere in Regionen auf, in denen die Wasserentnahme die natürliche Regeneration der Ressourcen übersteigt, was zur Degradation von Ökosystemen und einer Verringerung der verfügbaren Wasserreserven führt. Die Fragmentierung des Trinkwassersektors hingegen ist vielmehr ein Ergebnis historisch

gewachsener Versorgungsstrukturen, die in vielen europäischen Ländern bestehen. **Die Lösung kann nicht in der zentralen Konsolidierung der Wasserversorgung liegen, sondern vielmehr in der gezielten Unterstützung dezentraler Systeme durch Finanzierungsmechanismen und regulatorische Maßnahmen.** Dies könnte durch eine verstärkte öffentliche Förderung, technische Unterstützung und die gezielte Einbindung kleinerer Wasserversorger in resiliente Versorgungsstrategien erreicht werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und ökologische Nachhaltigkeit

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige und effiziente Nutzung von Wasserressourcen, insbesondere in Einzugsgebieten großer Flüsse oder gemeinsamer Grundwasserleiter. Internationale Interessensgemeinschaften wie die International Association of Water Service Companies in the Danube River Catchment Area (IAWD) dienen als Beispiel für erfolgreiche Kooperationen zwischen Wasserversorgern, Regierungen und wissenschaftlichen Institutionen, die gemeinsame Herausforderungen in der Wasserbewirtschaftung adressieren. Solche Initiativen sind jedoch **nur in grenzüberschreitenden Flussgebieten oder überregionalen Grundwasserkörpern sinnvoll, wo ein koordiniertes Management notwendig ist, um Nutzungskonflikte zu vermeiden und Wasserqualität sowie -verfügbarkeit langfristig zu sichern.** Die Verbringung von Wasser über große Distanzen – etwa durch umfangreiche Wassertransfersysteme – ist hingegen ökologisch bedenklich. Solche Projekte verursachen hohen Energieverbrauch, verändern natürliche Wasserflüsse und können ökologische Ungleichgewichte in den betroffenen Regionen schaffen.

Die EU sollte grenzüberschreitende Wasserbewirtschaftung auf nachhaltige, gebietsbezogene Lösungen fokussieren, die eine effiziente Nutzung lokaler Wasserressourcen ermöglichen. Statt großflächiger Wassertransfers sollten regionale Maßnahmen wie die Verbesserung der Wasserspeicherung, nachhaltige Landwirtschaft und der verstärkte Einsatz von Water Reuse-Technologien gefördert werden. Gleichzeitig ist eine verstärkte europäische Zusammenarbeit erforderlich, um koordiniertes Management, harmonisierte Berichterstattung und Datenerhebung in Flusseinzugsgebieten sicherzustellen. **Dabei müssen jedoch stets Art. 14 AEUV und Protokoll Nr. 26 beachtet werden, um sicherzustellen, dass Wasserdienstleistungen als öffentliches Gut bestehen bleiben und nicht den Marktkräften unterworfen werden.** Alle Initiativen sollten die universelle, qualitativ hochwertige und erschwingliche Wasserversorgung unterstützen.

Leitprinzip Wasser-Effizienz

Wasser-Effizienz ist zweifellos ein zentrales Kriterium zur Steigerung der Wasserresilienz, darf jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Ebenso wichtig sind beispielsweise ein ganzheitlicher Fokus auf Wassermanagement, der alle Nutzungs- und Schutzaspekte berücksichtigt, ein Mainstreaming des Themas Wasserresilienz in alle Politikbereiche sowie die Sicherung von Wasserqualität oder gezielte öffentliche Investitionen, die eine nachhaltige und langfristig stabile Wasserversorgung gewährleisten.

Fokus auf Maßnahmen mit hoher Hebelwirkung

Um die Wassereffizienz nachhaltig zu steigern, müssen Maßnahmen mit hoher Hebelwirkung priorisiert werden. Statt kleinteiliger Maßnahmen mit hohen Kosten und geringer Wirkung sollte der Fokus auf strukturellen Veränderungen liegen – etwa einer ressourcenschonenden Agrarwirtschaft und der verstärkten Wiederverwendung von Wasser in der Industrie. Der direkte Wasserverbrauch in privaten Haushalten beträgt durchschnittlich nur einen Bruchteil der gesamten Wassernutzung. Berücksichtigt man hingegen weitere Sektoren wie die Lebensmittelproduktion, die Industrie oder die Freizeitwirtschaft, steigt der tägliche Wasserverbrauch pro Person durch sogenannte „virtuelle“ Wassernutzung auf ein Vielfaches. Eine effektive Wasserstrategie muss daher vorrangig in diesen Bereichen ansetzen, um Ressourcen zu schützen und die Effizienz zu steigern.

Qualität der Wasserinfrastruktur als Schlüssel zu mehr Effizienz

Eine hochwertige Wasserinfrastruktur ist entscheidend für die Steigerung der Effizienz, da ineffiziente oder veraltete Systeme zu enormen Wasserverlusten führen. Leckagen in Wasserversorgungsnetzen sind ein zentrales Problem in der EU. Investitionen in moderne Rohrnetze, hochwertige Materialien und regelmäßige Wartung sind unerlässlich, um Wasserverluste zu minimieren. Eine hochwertige Infrastruktur senkt nicht nur den Gesamtverbrauch, sondern reduziert auch Kosten und Umweltauswirkungen, indem sie wertvolle Wasserressourcen schützt und deren Nutzung nachhaltiger gestaltet. Dies trägt zur langfristigen Sicherstellung der Wasserversorgung und zur Effizienzsteigerung bei. **Die EU-Kommission sollte bei der Entwicklung der Wasserstrategie sicherstellen, dass die Rolle von Investitionen in Infrastruktur und Wartung ausreichend berücksichtigt wird.**

Zunehmende Relevanz von Wasserwiederverwendung

Insbesondere angesichts zunehmender Dürreperioden und steigendem Druck auf natürliche Wasserressourcen wird die Wiederverwendung von Wasser noch wichtiger werden. Die Verordnung über die Mindestanforderungen an die Wasserwiederverwendung (EU 2020/741) schafft hierfür bereits einen groben Rahmen. Es braucht jedoch gezielte Maßnahmen, um eine sichere und flächendeckende Nutzung von aufbereitetem Abwasser, insbesondere in der landwirtschaftlichen Bewässerung und industriellen Prozessen, zu fördern. Hierzu könnten verstärkte wirtschaftliche Anreize wie Fördermittel und Investitionshilfen für betroffene Sektoren beitragen. Neben wirtschaftlichen und regulatorischen Maßnahmen müssen auch das gesellschaftliche Bewusstsein und die Akzeptanz gegenüber verschiedenen Formen der Wasserwiederverwendung gestärkt werden.

Sicherung von Wasserqualität und -quantität

Die Gewährleistung einer guten Wasserqualität ist grundlegend für die nachhaltige Verfügbarkeit von Trinkwasserressourcen. Zwischen der Qualität des Wassers und seiner Quantität besteht ein untrennbarer Zusammenhang, der oftmals übersehen wird. **Eine hohe Grundwasserqualität stellt sicher, dass die Trinkwasserressourcen auch langfristig in ausreichender Menge zur**

Verfügung stehen. Dieser innere Zusammenhang sollte bei der Entwicklung der Wasserresilienz-Strategie unbedingt berücksichtigt werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wasserqualität nicht isoliert betrachtet werden, sondern als integraler Bestandteil einer ganzheitlichen Strategie zur nachhaltigen Wasserbewirtschaftung verstanden werden.

Erhalt naturnaher Wasserressourcen und effiziente Flächenbewirtschaftung

Der Erhalt und die gezielte Schaffung naturnaher Wasserressourcen sind von entscheidender Bedeutung für die langfristige Sicherstellung der Wasserversorgung in der EU. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels, der zunehmenden Wassernachfrage und wachsender Trockenperioden müssen **gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um natürliche Wasserspeicher wie Feuchtgebiete, Auenlandschaften und renaturierte Flussläufe wiederherzustellen und auszubauen.** Diese Maßnahmen fördern nicht nur die Wasserspeicherung, sondern stabilisieren auch den regionalen Wasserhaushalt und stärken die Biodiversität. Um diese Ziele zu erreichen, ist es notwendig, dass die EU-Kommission den Mitgliedstaaten konkrete Unterstützung bietet, etwa durch **gezielte Förderprogramme und eine verstärkte Koordination bei der Umsetzung der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (EU 2024/1991).**

Ein zentrales Hindernis für die Regeneration natürlicher Wasserressourcen stellt die fortschreitende Bodenversiegelung dar. Die Ausdehnung urbaner und industrieller Flächen beeinträchtigt die natürliche Versickerung von Niederschlägen und verringert die Grundwasserneubildung erheblich. Um diesen Trend zu bremsen, sind gezielte Maßnahmen erforderlich, die die **Flächenversiegelung in urbanen und ländlichen Gebieten verringern und die Versickerungsfähigkeit wiederherstellen.** Die Integration wasserempfindlicher Planungsmethoden in die Stadt- und Raumplanung sowie die Förderung von Renaturierungsprojekten können einen bedeutenden Beitrag leisten. Ein verstärkter Fokus auf dieses Thema ist entscheidend, um die langfristige Verfügbarkeit von Wasserressourcen zu sichern und die Resilienz gegenüber zukünftigen Herausforderungen zu erhöhen.

Ebenso muss verstärkt auf die **Nutzbarmachung von Starkniederschlägen** gesetzt werden. In urbanen und landwirtschaftlichen Gebieten können dezentrale Regenwasserspeicher, intelligente Versickerungssysteme und innovative Speicherlösungen eingesetzt werden, um das Abflussverhalten zu regulieren, Hochwasserspitzen zu reduzieren und gleichzeitig zusätzliche Wasserressourcen für die Versorgung bereitzustellen. Diese Maßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Wasserverfügbarkeit in Zeiten von Extremwetterereignissen und unterstützen eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung, die auch langfristig die Resilienz der Wasserversorgung stärkt.

Verursacherprinzip und Source-Control – Prävention vor Sanierung

Das Verursacherprinzip (Art. 191 Abs. 2 AEUV) bildet das Fundament einer nachhaltigen und effizienten Wasserbewirtschaftung in der EU. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Fokus bei der Bekämpfung von Wasserverunreinigungen zunächst auf Source-Control gelegt wird – also auf die Vermeidung von Verschmutzung bereits an der Quelle. Wo immer möglich, sollte die Verhinderung von Schadstoffeinträgen an ihrem Ursprung Vorrang vor technischen End-of-Pipe-

Lösungen haben. Obwohl technologische Fortschritte zur Schadstoffentfernung von Bedeutung sind, erfordert der langfristige Erfolg in der Wasserbewirtschaftung insbesondere präventive regulatorische Maßnahmen, die verhindern, dass Umweltbelastungen überhaupt entstehen.

Sollte eine präventive Source-Control nicht ausreichen, muss das Verursacherprinzip konsequent angewendet werden. Insbesondere durch breit aufgestellte und durch unabhängige bzw. öffentliche Kontrollinstanzen überwachte Systeme der Erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) kann eine Internalisierung externer Kosten sichergestellt werden. Es ist somit von großer Bedeutung, dass die EU-Kommission **verstärkte Maßnahmen ergreift, um sowohl Source-Control-Strategien zu fördern als auch die Anwendung von EPR-Mechanismen durchzusetzen**. Dies würde nicht nur die Wasserqualität sichern, sondern auch eine nachhaltigere Ressourcennutzung fördern und gleichzeitig die Belastung öffentlicher Haushalte für Wasseraufbereitung und Sanierung verringern.

Bodenschutz als Grundlage für saubere und sichere Wasserressourcen

Gesunde Böden sind essenziell für die Wasserqualität, da sie als natürliche Filter wirken und Schadstoffe zurückhalten, bevor diese in Grund- und Oberflächengewässer gelangen. Ein wirksamer Schutz der Wasserressourcen erfordert daher eine konsequente Regulierung diffuser Schadstoffeinträge aus Landwirtschaft, Industrie und Verkehr. Pestizide, Düngemittelrückstände, Schwermetalle und Industriechemikalien gelangen durch Oberflächenabfluss und Versickerung in Gewässer und beeinträchtigen deren ökologische Funktion. Besonders problematisch sind langlebige Schadstoffe wie PFAS sowie hohe Nitratkonzentrationen aus landwirtschaftlicher Düngung, die Grund- und Oberflächengewässer langfristig belasten.

Um diese Risiken zu minimieren, sollten für diffuse Einträge von Nitrat strengere Grenzwerte festgelegt und die Einhaltung durch verbesserte Monitoring-Systeme sichergestellt werden. Im Zusammenhang mit PFAS sollte ein risikobasierter Ansatz verfolgt werden, der in klar definierten Fällen, etwa bei Anwendungen im Zusammenhang mit kritischer Infrastruktur, für die derzeit keine sicheren Alternativen existieren, befristete Ausnahmen ermöglicht. Zudem ist eine stärkere Kontrolle von Schadstoffquellen entlang der gesamten Eintragskette erforderlich. Die EU-Kommission sollte daher Maßnahmen zur Reduktion von Schadstoffeinträgen aus landwirtschaftlichen Betrieben, industriellen Anlagen und Verkehrsinfrastrukturen gezielt fördern und bestehende Umweltvorgaben konsequent weiterentwickeln, um die Wasserqualität langfristig zu sichern.

Nachhaltige Standortwahl für wasserintensive Industrien

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen und digitalisierten Wirtschaft darf nicht auf Kosten der Wasserressourcen erfolgen. Insbesondere wasserintensive Industrien wie die Halbleiterproduktion, KI-Rechenzentren oder die Wasserstoffherstellung benötigen erhebliche Mengen an Wasser, was in ohnehin wasserarmen Regionen zu zusätzlichem Wasserstress führen kann. **Um eine nachhaltige Standortentwicklung zu gewährleisten, muss die Wasserverfügbarkeit bereits im Genehmigungsverfahren als zentrales Kriterium berücksichtigt werden.**

Die Europäische Kommission sollte daher sicherstellen, dass wasserintensive Ansiedlungen an Standorten mit ausreichenden Wasserressourcen erfolgen und durch Maßnahmen zur

Wassereffizienz ergänzt werden. Dazu zählen verpflichtende Wassersparmaßnahmen, die Nutzung aufbereiteter Abwässer und eine verstärkte Kreislaufführung von Prozesswasser. Nur durch eine vorausschauende Planung und strenge Umweltauflagen kann sichergestellt werden, dass der ökologische Fußabdruck dieser Zukunftsindustrien minimiert und die Resilienz der Wasserressourcen langfristig gesichert wird.

Finanzierung und Investitionen

Zukunftsfähige Wasserinfrastrukturen und Maßnahmen zur Erhöhung der Wasserresilienz sind von entscheidender Bedeutung, um angesichts des Klimawandels und wachsender Wasserknappheit eine zuverlässige Wasserversorgung sicherzustellen. Es ist unerlässlich, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission gezielt öffentliche Investitionen fördern, um nachhaltige Lösungen langfristig zu gewährleisten.

Gezielte Förderung von öffentlichen Investitionen

Angesichts der Charakteristika von Wasser als Gemeingut müssen die Ansprüche einer qualitativ hochwertigen, erschwinglichen und für alle zugänglichen Wasserversorgung Vorrang vor privaten finanziellen Interessen haben. Anders als von der EU-Kommission derzeit vorgesehen, sollten die notwendigen Investitionen in Wasserresilienz nicht durch private Kapitalflüsse angetrieben werden. Private Investitionen können die Resilienz gefährden, indem sie den Fokus auf kurzfristige Renditen statt auf den langfristigen Schutz und die Pflege der Infrastruktur lenken. Dies birgt die Gefahr einer Verschlechterung der Wasserqualität und -verfügbarkeit sowie einer unzureichenden Reaktion auf zukünftige klimatische Herausforderungen. Zudem besteht das Risiko, dass private Investoren Investitionen in weniger rentable, aber notwendige Infrastrukturen unterlassen.

Daher sollte die EU-Kommission primär öffentliche Investitionen in die Wasserbewirtschaftung und den Schutz naturnaher Wasserressourcen verstärken. **Dies umfasst insbesondere die Stärkung der Rolle der Europäischen Investitionsbank**, um gezielte Finanzierungsprogramme für Projekte zur Schaffung von naturnahen Wasserressourcen, Grundwasseranreicherung, nachhaltigen Flächenbewirtschaftung und hochwertigen Infrastrukturen bereitzustellen. **Zudem sollten Instrumente wie interkommunale Kooperationen und eine erweiterte EU-Vergabeverordnung genutzt werden, um eine koordinierte und nachhaltige Wasserversorgung zu gewährleisten.**

Stärkung der Öko-Regelungen in der GAP für nachhaltige Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) spielt eine zentrale Rolle im Übergang zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft. **Die konsequente Anwendung und der Ausbau der Öko-Regelungen sind entscheidend, um ressourcenschonende Anbaumethoden zu fördern und den Wasserverbrauch zu senken.** Die EU-Kommission sollte gezielte Anreize schaffen, um innovative, wasserschonende Bewirtschaftungsmethoden zu fördern. Durch die Unterstützung ökologischer Anbausysteme und bodenschonender Techniken kann nicht nur der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden reduziert, sondern auch die Wasserqualität langfristig geschützt werden. Neben

regulatorischen Maßnahmen ist es notwendig, nachhaltige Landwirtschaft und Bodenschutzprogramme gezielt zu finanzieren. Ein integrierter Ansatz, der Prävention, Innovation und strikte Regulierung vereint, ist erforderlich, um die Verfügbarkeit und Qualität von Wasserressourcen für zukünftige Generationen zu sichern.

Investitionsanreize für Innovationen in der Wasserbewirtschaftung

Die Entwicklung innovativer Technologien für die Wasserbewirtschaftung ist essenziell, um eine nachhaltige und zukunftsfähige Wasserversorgung sicherzustellen. **Es ist daher unerlässlich, dass Finanzierungsanreize für Forschung und Entwicklung im Bereich Wasseraufbereitung, digitale Erkennung von Leckagen und smarte Steuerungssysteme stärker in EU- und nationale Förderprogramme integriert werden.** Steuerliche Anreize für Unternehmen, die nachhaltige Wasserlösungen entwickeln oder umsetzen, können die Einführung innovativer Technologien weiter fördern. Zusätzlich sind gezielte Zuschüsse für kommunale Versorgungsunternehmen erforderlich, um die digitale und ressourcenschonende Transformation der Wasserversorgung voranzutreiben. **Ein EU-weites Innovationsförderprogramm könnte hierbei als entscheidender Impulsgeber dienen,** um Projekte in den Bereichen Wasserrecycling, Abwasseraufbereitung und intelligente Wasserinfrastrukturen nachhaltig zu unterstützen und die Resilienz der Wasserversorgung langfristig zu stärken.

Digitalisierung und Sicherheit

Die Stärkung von Wasserresilienz ist nicht zuletzt eng mit der Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen, insbesondere der Wasserversorgung, verknüpft. Eine robuste und zukunftsfähige Infrastruktur erfordert Maßnahmen, die ökologische, physische und digitale Sicherheitsaspekte berücksichtigen. Die EU-Kommission sollte daher gezielte Unterstützung bieten, um die Wasserwirtschaft in der Umsetzung erforderlicher Sicherheitsstandards zu fördern.

Zusammenhang Wasserresilienz und kritische Infrastruktur

Wasserresilienz und die Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen gehen oft Hand in Hand. Die Sicherstellung einer robusten Wasserversorgung erfordert Maßnahmen, die nicht nur ökologische, sondern auch physische und digitale Sicherheitsaspekte berücksichtigen. In diesem Kontext stellen die CER-Richtlinie (EU 2022/2557) und die NIS-2-Richtlinie (EU 2022/2555) wichtige Vorgaben, die die physische Widerstandsfähigkeit der Infrastruktur gegenüber Naturgefahren und Bedrohungen wie Terroranschlägen sowie die Gewährleistung eines hohen Cybersicherheitsniveaus betreffen.

Insbesondere bei dezentralen und weitläufigen Strukturen, wie sie die Wasserversorgung naturgemäß kennzeichnen, stellen diese Vorgaben eine besondere Herausforderung dar. Die EU-Kommission muss daher gezielt Unterstützung bieten, z.B. durch verstärkte Forschungs- und Entwicklungsinitiativen sowie spezifische Förderprogramme.

Sicherer Einsatz für KI und digitale Technologien in kritischer Infrastruktur

Die Digitalisierung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) bieten erhebliches Potenzial für eine effiziente Wasserbewirtschaftung, etwa bei der Analyse großer Datensätze wie der Überwachung von Grundwasserspiegeln. Angesichts der (Trink-)Wasserversorgung als kritische Infrastruktur ist jedoch eine vorsichtige und maßgeschneiderte Integration digitaler Technologien erforderlich. KI-Systeme müssen speziell auf die Anforderungen des Wassersektors abgestimmt werden, um sowohl die Datensicherheit zu maximieren als auch die Compliance mit dem EU-Data Act sicherzustellen. Standardisierte, pauschale Lösungen sind ungeeignet, da der Sektor auf isolierte, sichere Netzwerke angewiesen ist. **Die EU-Kommission sollte daher spezifische Maßnahmen entwickeln, die den sicheren und effektiven Einsatz von digitalen Technologien und KI im Wassermanagement fördern.**

Inhaltliche Verantwortung

Virginia Hagn

Teamleitung Wasserpolitik und Kreislaufwirtschaft

+43-1-4082204-20

virginia.hagn@voewg.at